

# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2010/13

### 3. Sitzung vom Montag, 14. Juni 2010, 18.00 – 20.10 Uhr im Stadtsaal

#### Vorsitz

Patricia Kettner, Ratspräsidentin

#### Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### Anwesend

- 39 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Helene Fritschi Siegrist, Leiterin a.i. Einwohnerdienste, Reg. Zivilstandsamt, Bestattungsamt
- Maya Gröbli, Leiterin Abteilung Personal
- René Küng, Leiter Bereich Finanzen und Controlling
- Lukas Reichmuth, Leiter Bereich Hochbau und Liegenschaften
- Werner Ryter, Leiter Bereich Tiefbau und Planung
- Cornelia Zürcher, Leiterin Bereich Soziales

#### Entschuldigungen

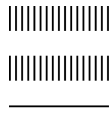
- Anne-Käthi Kremer, Einwohnerrätin



<b>Traktandenliste</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Mitteilungen</b>	44
<b>2. Einbürgerungen</b>	
GK 38 Büscher Alf-Holger, 1957, deutscher Staatsangehöriger, Hottigergasse 8A	45
GK 39 Iun Kenneth, 1993, portugiesischer Staatsangehöriger, Hardeckweg 9	46
GK 40 Iun Phoebe, 1996, portugiesische Staatsangehörige, Hardeckweg 9	46
<b>3. Kreditbewilligungen</b>	
GK 41 Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2010 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)	46
<b>4. Stellenpläne Stadtverwaltung</b>	
GK 42 Begehren um Aufstockung der Stellenpläne der Bereiche Hochbau und Liegenschaften sowie Soziales	47
<b>5. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 33 Interpellation der SP-Fraktion vom 15. März 2010 betr. Kosten der amtlichen Mitteilungen im amtlichen Publikationsorgan der Stadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)	58
GK 34 Interpellation der SP-Fraktion vom 15. März 2010 betr. der zukünftigen Nutzung der Abdan- kungshalle Rosengarten (Begründung und Beantwortung)	59
GK 35 Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 15. März 2010 betr. Parkierreglement für attraktives Parkieren im Parkhaus (Begründung und Beantwortung)	59
<b>6. Umfrage</b>	62

### **Begrüssung**

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew,



die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur dritten Sitzung dieser Legislatur.

Für die heutige Sitzung hat sich Anne-Käthi Kremer (SP) entschuldigt. Der Rat ist mit 39 Mitgliedern verhandlungsfähig.

## Mitteilungen

Die **Ratspräsidentin** verliert den Anwesenden das **Rücktrittsschreiben von Philippe Dietschi (SP)** vom 31. Mai 2010. Sein Rücktritt erfolgt auf das Kinderfest 2010. Verabschiedet wird Philippe Dietschi an der Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2010. Die Nachfolge ist formell noch nicht geregelt.

### Resultat der Ersatzwahl in die Schulpflege vom 13. Juni 2010

Stimmberechtigte			7'570
Stimmbeteiligung			22,05 %
Eingelangte Stimmzettel			1'669
Abzüglich leere Stimmzettel	88		
Abzüglich ungültige Stimmzettel	8	96	
In Betracht fallende Stimmzettel			1'573
Absolutes Mehr			787

### Stimmen haben erhalten:

Philippe Fehr	gewählt	985
Eveline Anderegg		567
Vereinzelte		21

Die **Vorsitzende** gratuliert Philippe Fehr zu seiner Wahl und wünscht ihm bei dieser Aufgabe viel Erfolg.

Die **Protokolle der Einwohnerratssitzungen** vom 19. Oktober 2009, 23. November 2009 und 11. Januar 2010 wurden den Mitgliedern des Einwohnerrates an der Sitzung vom 15. März 2010 verteilt. Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. März 2010 wurde ihnen per Post zugestellt. Gemäss § 18 Abs. 4 der Gemeindeordnung haben die Einwohnerratsmitglieder 10 Tage Zeit, schriftlich Abänderungen oder Ergänzungen zu verlangen. Nachdem innerhalb der Frist keine Einwände eingegangen sind, werden diese unter bester Verdankung an den Ratssekretär und sein Team als genehmigt erklärt.

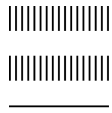
## Neueingänge

Folgender parlamentarischer Vorstoss ist neu eingegangen (**Anmerkung:** Der Vorstoss wurde vor der „Umfrage“ eingereicht):

- Interpellation der SVP-Fraktion betr. Konzept Kosten „Milchzentrale“

Der Vorstoss wird an einer der kommenden Sitzungen behandelt.

Die **Traktandenliste** wurde rechtzeitig zugestellt. Nachdem keine Einwände gegen diese gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.



Art. 15

### Einbürgerungen

#### GK 38

**Büscher Alf-Holger, 1957, deutscher Staatsangehöriger, Hottigergasse 8A**

#### GK 39

**lun Kenneth, 1993, portugiesischer Staatsangehöriger, Hardeckweg 9**

#### GK 40

**lun Phoebe, 1996, portugiesische Staatsangehörige, Hardeckweg 9**

Hr. **Marcel Thüler**, Referent der FGPK, hält fest, dass die Gesuchstellerin und die Gesuchsteller am 30. März 2010 alle zum Gespräch vor der Einbürgerungskommission erschienen sind.

GK 38, Alf-Holger Büscher, geb. 1957

Herr Büscher wohnt seit bald 30 Jahren in der Schweiz. Seine Familie gründete er hier und seine drei volljährigen Kinder absolvieren ihre Ausbildung ebenfalls in diesem Land. Mit dem Tod seiner Mutter in Deutschland hat Herr Büscher die letzte Verbindung zu seinem Heimatland verloren. Während des Gesprächs hat Herr Büscher aufgezeigt, dass er mit den hiesigen Gegebenheiten bestens vertraut ist. Er ist daran interessiert, was in der Schweiz im Alltag und in der Politik vor sich geht und könnte sich sogar vorstellen, künftig auch aktiv politisch tätig zu sein.

GK 39, Kenneth lun, geb. 1993, und GK 40, Phoebe lun, geb. 1996

Die beiden Geschwister erschienen trotz einer Erkrankung vor der Einbürgerungskommission und waren ziemlich nervös. Die Mitglieder der Einbürgerungskommission konnten ihnen diese Angst aber nehmen. Kenneth und Phoebe lun konnten alle gestellten Fragen richtig beantworten.

Kenneth lun könnte sich vorstellen, nach der Fachmittelschule in der chemischen Branche oder im Gesundheitswesen tätig zu sein. Mit den Kommissionsmitgliedern unterhielt er sich in perfektem Schriftdeutsch. Mundart verstand er aber problemlos. In seiner Freizeit interessiert sich Kenneth lun für das Leben in der Schweiz und liest trotz seines jungen Alters regelmässig Zeitungen.

Phoebe lun sprach mit den Mitgliedern der Einbürgerungskommission Mundart und verstand diese ebenfalls problemlos. Sie ist sich, was die Berufswahl angeht, noch nicht schlüssig und beginnt eigentlich erst, sich mit diesem Thema zu befassen. Trotzdem könnte auch sie sich vorstellen, zuerst die Fachmittelschule zu besuchen.

Die FGPK schlägt dem Einwohnerrat die drei Einbürgerungsgesuche einstimmig zur Annahme vor.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 38

Büscher Alf-Holger, 1957, deutscher Staatsangehöriger, Hottigergasse 8A

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**



GK 39

Iun Kenneth, 1993, portugiesischer Staatsangehöriger, Hardeckweg 9

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

GK 40

Iun Phoebe, 1996, portugiesische Staatsangehörige, Hardeckweg 9

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

Die **Vorsitzende** gratuliert der Gesuchstellerin und den Gesuchstellern ganz herzlich zu ihren sehr guten Resultaten, mit welchen sie in das Zofinger Gemeindebürgerrecht aufgenommen wurden, und wünscht ihnen alles Gute.

**Art. 16**

**GK 41**

**Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2010 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)**

Hr. **Michael Wacker**, Referent der FGPK, erklärt, dass die FGPK die Einwohnerratsvorlage an ihrer Sitzung vom 29. April 2010 geprüft hat. Die Vorlage ist sehr gut, da sie – selbst wenn man von der Materie nichts versteht – leicht verständlich ist. Ausser bei zwei Punkten gab es kaum Diskussionen:

Zum Projekt Nr. 4, welches auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt ist, fehlten die Pläne im Anhang. Diese wurden den Mitgliedern der FGPK nachgereicht. Dabei stellte man jedoch fest, dass es sich um einen „Flüchtigkeitsfehler“ in der Vorlage handelt, da die Leitung im Friedhof Bergli gar nicht darin enthalten und nicht im Kostenvoranschlag aufgeführt ist. Die Abklärungen seitens der Bauverwaltung ergaben, dass die Gräber in dem Bereich, in welchem die Leitung erneuert werden soll, über längere Zeit nicht geräumt werden.

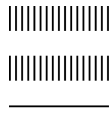
Weiter wurde über die Thematik Grauwasser diskutiert. Macht es Sinn, Grauwasserleitungen im Zusammenhang mit diesen Sanierungen zu verlegen? Die FGPK durfte sich belehren lassen, dass dies keinen Sinn macht. Bei Neubauten bzw. -erschliessungen wird dieses System strikte angewendet. Bei Sanierungen wäre dies momentan schlicht zu teuer.

Die FGPK hat dieser Vorlage einstimmig zugestimmt.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Thomas Valko** teilt mit, dass im Rahmen der Erarbeitung des Generellen Entwässerungsplanes (GEP) der Stadt Zofingen das Abwassernetz untersucht und ein langfristiger Sanierungsplan erstellt wurde. Dies ist aus dieser Vorlage ersichtlich. Nun soll für die erste Tranche dieses Massnahmenplans ein Rahmenkredit gesprochen werden.

Die FDP hat das sorgfältig und äusserst ausführlich vorbereitete Geschäft GK 41 an der letzten Fraktionssitzung eingehend geprüft. Die Einwohnerratsvorlage zeigt die Prioritätenstruktur sehr gut



auf und veranschaulicht auch klar, welche Schäden zu beheben sind. Insbesondere auch, wo diese in erster Priorität behoben werden müssen. Die Kosten sind übersichtlich dargestellt. Finanziert werden solche Sanierungen aus der Abwasserrechnung. Die Gebühren wurden letztes Jahr entsprechend angepasst.

Die FDP begrüsst im Interesse der Werterhaltung und Funktionalität diese Sanierungsmassnahmen und hat der Vorlage deshalb eindeutig zugestimmt.

Gemäss Hrn. **Robert Weishaupt** gab dieses Traktandum in der Fraktion Dynamische Mitte nicht viel zu reden. Wie bereits erwähnt, ist diese Vorlage sehr einfach und gut aufgebaut. Dass die Sanierungsmassnahmen aus der Abwasserkasse bezahlt werden, ist für die Dynamische Mitte ebenfalls unbestritten. Die so genannte „Pflästerlipolitik“ ist finanziell in Ordnung und eine ganz vernünftige Sache. Schade ist einzig, dass die Grauwassernutzung auf diese Weise nie, auch nicht bei bestehenden Strassen, wird getrennt werden können. Die Sanierungen haben Priorität und die Fraktion Dynamische Mitte wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen.

Hr. **Elmar Bertschinger** hält fest, dass die SP-Fraktion diese Vorlage ebenfalls unterstützt. Dies aus folgenden Gründen: Es handelt sich um einen langfristigen Plan und nicht unbedingt um eine „Pflästerlipolitik“. Die Sanierungsmassnahmen sind gut durchdacht und es wurden Prioritäten gesetzt. Es geht um Werterhaltung sowie um das Funktionieren eines Systems und nicht zuletzt auch um Umweltschutz.

Hr. **Markus Gfeller** teilt mit, dass die SVP-Fraktion dieses Geschäft ebenfalls geprüft hat. Der Vorlage kann entnommen werden, dass die Sanierungsmassnahmen dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) entsprechen. Die SVP unterstützt den Unterhalt im Rahmen des finanziell Machbaren. Die SVP-Fraktion wird dieser Vorlage ebenso zustimmen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP) sei für das Jahr 2010 ein Rahmenkredit von CHF 915'000.– (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

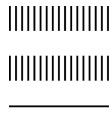
**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

## Sitzungspause

## Art. 17

### GK 42

#### **Begehren um Aufstockung der Stellenpläne der Bereiche Hochbau und Liegenschaften sowie Soziales**



Hr. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, möchte gerne folgende vier Punkte streifen: Zuerst möchte er etwas zur Ursache, weshalb der Einwohnerrat heute überhaupt über dieses Geschäft zu befinden hat, sagen. Anschliessend etwas zu den Stellen in den Bereichen Hochbau und Liegenschaften sowie Soziales und zum Schluss noch etwas zur Zukunft zum Thema „Stellenplan, wie weiter?“. Aus seiner Sicht ist dies beinahe die wichtigste Frage. Der Einwohnerrat muss heute nicht darüber entscheiden, aber sie ist zukunftsweisend. Möglicherweise wird es noch zusätzlich einen fünften Punkt geben, nämlich die Diskussion, welche nach der FGPK-Sitzung entbrannte und die er ansatzweise mitbekam.

Zuerst etwas zum rechtlichen Hintergrund: Es ist aussergewöhnlich, dass der Einwohnerrat heute Abend überhaupt über den Stellenplan diskutiert. In der Einwohnerratsvorlage ist jedoch zu lesen, dass eine Auskunft des Rechtsdienstes der Gemeindeabteilung besagt, Stellenbegehren müssten über den Stellenplan abgewickelt und der Antrag dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Im Einwohnerrat wurde bisher nicht über einzelne Stellen diskutiert. Dies ist eine relativ seltene, wenn nicht sogar seit längerer Zeit einmalige Angelegenheit. Umso spannender gestalten sich die Diskussionen.

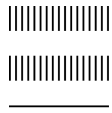
Das Geld für die Stelle im Bereich Hochbau und Liegenschaften ist bereits eingestellt. Man arbeitet bereits länger so, was mit der seinerzeitigen Stellvertretungsregelung zu tun hat. Die Geschichte sowie die entsprechenden Hintergründe sind bekannt und dargestellt. Aufgaben dieser Stelle werden der Liegenschaftsdienst und -unterhalt sein. Ein Schwerpunkt wird das Erarbeiten des Liegenschaftskonzepts, welches vom Einwohnerrat schon lange erwartet wird, sein. All diese Aufgaben sind aus Sicht der FGPK unbestritten und nötig. Die FGPK war der Ansicht, dass es durchaus Sinn machen könnte, diese Stelle auf diese Weise zu besetzen.

An der FGPK-Sitzung wurde die eine oder andere kritische Frage gestellt. Insbesondere wollte man wissen, was mit der Stelle passiert, wenn das Liegenschaftskonzept erst einmal vorliegt. Handelt es sich um eine Stelle auf Vorrat, welche allenfalls wieder reduziert werden muss? Solche Überlegungen wurden angestellt und die FGPK liess sich überzeugen, dass das Liegenschaftskonzept sowie alle anderen Tätigkeiten Daueraufgaben sind. Der Aufwand wird zu einem gewissen Anteil sinken, aber das Bedürfnis, diese Stelle zu besetzen, ist vorhanden. Die FGPK liess sich grossmehrheitlich davon überzeugen und empfiehlt diesen Teil der Vorlage zur Annahme.

Die FGPK stellte fest, dass der Prozess der Ablösung von zofingenregio im Bereich des Vormundenschaftswesens eigentlich schon länger eingeläutet wurde. Es ist bereits Arbeit von zofingenregio an die Stadt Zofingen übergegangen. Dies ist ein weiterer Schritt, welcher bedeutet, dass, um dieses Pensum erledigen zu können, künftig mehr Stellenprozente benötigt werden.

Eine zentrale Frage stand im Raum: Weshalb diese Ablösung von zofingenregio? Die Antwort darauf war, dass der Prozess bereits angelaufen und relativ weit fortgeschritten ist. Der Regionalverband zofingenregio wurde informiert und trägt dieses Vorgehen mit. Die Gründe für diesen Weggang wurden von der FGPK ebenfalls hinterfragt. Zwei oder drei Hauptargumente wurden genannt. Einerseits erhofft man sich eine bessere Qualität, wenn die Mandate von der Stadt Zofingen direkt abgewickelt werden und andererseits sind Verbandslösungen nicht mehr modern. Ebenso ist die Nähe zur Verwaltung, insbesondere zum Bereich Soziales, von grossem Vorteil. Dies hat die FGPK bewogen, diesem Antrag ebenfalls grossmehrheitlich mit 6:1 Stimmen zuzustimmen.

Nun zu den Diskussionen, welche in der Zeit zwischen der FGPK-Sitzung und der heutigen Einwohnerratssitzung stattgefunden haben: Wie es die Spielregeln der FGPK besagen, kam von zwei Kommissionsmitgliedern die Rückmeldung, dass sie – vor allem aufgrund der Diskussionen in den Frak-



tionen – teilweise zu anderen Meinungen gelangt sind. Dies ändert jedoch nicht viel am Stimmenverhältnis, so dass die FGPK immer noch im Verhältnis von ungefähr 6:1 den jeweiligen Anträgen zustimmen würde. Der Präsident der FGPK geht davon aus, dass sich die Fraktionen nachher noch zu diesem Geschäft äussern werden. Die Diskussionen liefen bis und mit vor der Sitzung, insbesondere zum Bereich Soziales.

Auf den letzten Punkt möchte Marcel Murri speziell hinweisen, da darüber am meisten diskutiert wurde. Der Stadtrat trat mit einer Art Konsultativbefragung an die FGPK heran, um den Puls und die Stimmung zu fühlen. Der Einwohnerrat diskutiert heute über Stellenpläne bzw. einzelne Stellen. Bisher wurde dies immer über das Budget abgewickelt. Die Fragestellung ist nun folgende: Ist es richtig, zukünftig die Stellen über Stellenpläne zu bewirtschaften, welche der Einwohnerrat direkt steuert, oder soll dies über die Finanzen bzw. das Budget erfolgen, so wie es bisher eigentlich gemacht wurde? Anlässlich der Diskussion haben die FGPK-Mitglieder die sehr einheitliche Meinung vertreten, dass das Steuern über das Budget aus verschiedenen Gründen als wesentlich sinnvoller angesehen wird, als über einzelne Stellen zu diskutieren. Es sind unter anderem nachfolgende Stichworte gefallen: Der Stellenplan selber sei sehr einengend und wenig flexibel, wenn ein Einwohnerratsbeschluss nötig ist und das ganze unternehmerische Denken gehe dabei ein wenig verloren. Direkt über das Budget steuern stehe diesem Gedanken sehr viel näher.

Die FGPK hat dem Stadtrat Mut gemacht, auf diesem Weg weiterzufahren. Damit solche Stellenbegehren künftig (wieder) über das Budget gesteuert werden können, braucht es gemäss Auskunft des Rechtsdienstes der Gemeindeabteilung ganz sicher eine kommunale Rechtsgrundlage.

Die beiden Stellenbegehren wurden von der FGPK mit jeweils 6:1 Stimmen zur Annahme empfohlen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Gemäss Hrn. **Daniel Schmid** konnte man bereits aus dem Votum von Marcel Murri hören, dass dieses Geschäft viel zu diskutieren gab. Dies nicht nur in der FGPK, sondern auch in den Fraktionen und im Nachgang zu den Fraktionssitzungen. Er ist der Meinung, dass es richtig ist, wenn sich der Einwohnerrat ein wenig auf die tatsächlichen Problempunkte konzentriert und nicht mehr allzu viel zu den Sachen sagt, welche ohnehin klar sind. Deshalb fasst er sich relativ kurz:

Die FDP stimmt der Stellenaufstockung im Bereich Hochbau und Liegenschaften zu. Es wurde gut argumentiert und Marcel Murri hat bereits alles dazu gesagt. Sie erwartet aber, dass das Liegenschaftskonzept nun endlich erstellt und danach entsprechend umgesetzt wird und die Erkenntnisse aus der Organisationsentwicklung, welche nicht zum ersten Mal stattfand in diesem Bereich, ebenfalls umgesetzt werden. Man erhofft sich entsprechend mehr Effizienz in der Zusammenarbeit.

Die Stellenaufstockung im Bereich Soziales hat viel zu reden gegeben. Daniel Schmid hat mit vielen Mitgliedern des Einwohnerrates Einzelgespräche geführt und vorhin wurde auch in der Gruppe nochmals darüber diskutiert. Zudem ist aus der Zeitung längstens bekannt, dass die FDP der Ansicht ist, diese Stelle solle zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht aufgestockt werden. Letztlich geht es nicht um die Stelle selber, sondern um Geld – auch in dieser Diskussion. Daniel Schmid kommt später noch darauf zu sprechen.

Wie hat die FDP-Fraktion die Situation wahrgenommen? Es liegt ein Stellenbegehren vor, welches davon ausgeht, dass eine Ablösung von der bisherigen Stelle, also von zofingenregio, welche diese





Mandate bisher führte, stattfindet. Dies ist präjudiziert, indem ein grosser Teil der Mandate – nämlich ungefähr 50 – bereits an eine Stelle innerhalb der Stadtverwaltung Zofingen übertragen wurde. Dies konnte offenbar im Rahmen von Stellenplanänderungen, welche noch nicht durch den Einwohnerrat abgesegnet werden mussten, erfolgen. Dabei handelt es sich um ein Faktum, welches zur Kenntnis genommen werden muss. Fakt ist ebenfalls, dass der Vertrag mit dem Regionalverband zofingenregio auf 31. Dezember 2011 gekündigt wurde und bis zu diesem Zeitpunkt der Sockelbeitrag von CHF 60'000.– bezahlt werden muss. Ein Vertrag ist eine Übereinkunft von zwei Meinungen. Die eine Partei liefert der anderen Partei etwas und umgekehrt und beide sind damit zufrieden. Ein Vertrag gilt bis zu dem Tag, an welchem dieser abläuft. Wenn die Stadt Zofingen bis am 31. Dezember 2011 einen Sockelbeitrag von CHF 60'000.– für eine Leistung bezahlen muss, hat sie auch den Anspruch, diese zu beziehen.

Für Daniel Schmid ist dies kein Argument, dass dieser Vertrag gekündigt wurde und die restlichen 21 Mandate so rasch wie möglich übernommen werden müssen. Er ist überzeugt, dass zofingenregio in der Lage ist oder sein muss, für die CHF 60'000.– plus die effektiven Kosten diese 21 Mandate bis am 31. Dezember 2011 zu betreuen. Gestützt darauf kommt die FDP zu folgendem Schluss:

Im Moment ist die Situation so, dass im Bereich der Amtsvormundschaft eine regionalisierte ausführende Stelle vorhanden ist, politisch aber die Stadt- bzw. Gemeinderäte der Verbandsgemeinden verantwortlich sind. Auf 2013 will man dies ändern. Es soll eine regionale Behörde geben, welche vermutlich durch das Volk gewählt wird und die Amtsvormundschaft steuern soll. Auf diesen Zeitpunkt hin will die Stadt Zofingen das ausführende Organ wieder kommunalisieren. Daraus können sich gewisse Reibereien ergeben. Es stehen also noch einige Unklarheiten im Raum. Dies ausser Acht gelassen ist die FDP überzeugt, dass es der richtige Weg ist, Zofingen in gewissen Bereichen stark zu machen um die Leistungen, welche erbracht werden, auch anderen Gemeinwesen anbieten zu können, und damit nicht zuletzt auch Geld zu sparen, weil der Deckungsbeitrag gesenkt wird. Diese Strategie wird grundsätzlich unterstützt. Fraglich ist, wie bereits erwähnt, der Zeitpunkt.

Es handelt sich um 60 Stellenprozent für die Fallführung und 40 Stellenprozent im Sekretariat. Von den 60 Stellenprozent sollen je 30 in der Vormundschaft und im übrigen Sozialbereich eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird von einer polyvalenten Fallführung gesprochen. Dies tönt sehr gut und macht sicher auch Sinn. Daniel Schmid – er geht davon aus, dass er nicht der Einzige ist – hat dies so verstanden, dass diese 60-Prozent-Stelle polyvalent einerseits vormundschaftliche Mandate und andererseits Fälle der Materiellen Hilfe führen wird. In der Einwohnerratsvorlage steht drei Zeilen weiter unten jedoch Folgendes: „...da die Fallführung in der Sozialhilfe strikt von der vormundschaftlichen Mandatsführung getrennt werden kann und so allfällige Interessenkollisionen vermieden werden können.“ Wenn dieselbe Person vormundschaftliche Mandate und Fälle der Materiellen Hilfe führt, ist eine Interessenkollision doch vorprogrammiert. Oder sieht dies die FDP falsch?

Die FDP-Fraktion kann sich hinter die Strategie des Stadtrates, eine eigene professionelle Amtsvormundschaft aufzubauen, stellen. Diese soll ab 1. Januar 2013 auch für andere Gemeinwesen Dienstleistungen erbringen können. Die FDP kann sich deshalb eine Stellenaufstockung in diesem Rahmen oder allenfalls in einem Rahmen, welcher per 1. Januar 2012, also nach Ablauf des Vertrags mit dem Regionalverband zofingenregio, richtig ist, vorstellen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die 21 Mandate bei zofingenregio zu belassen, die Kündigung wird jedoch aufrechterhalten. Der Regionalverband zofingenregio ist anzuhalten, seinen Teil des Leistungsvertrags bis dahin zu erfüllen.



Im Geschäftsfeld Sozialhilfe ist vorderhand mit den bestehenden Personalressourcen auszukommen. Durch dieses Vorgehen werden die Finanzmittel, konkret CHF 60'000.– pro Jahr, geschont. Dies sind immerhin ungefähr 25 Steuerzahlerinnen und -zahler im Jahr, welche nicht umsonst Steuern zahlen bei einem Durchschnittssteuerertrag von CHF 2'500.– pro Person. Zudem bleibt ein weiteres Jahr Zeit für eine seriöse Vorabklärung bezüglich der Bedürfnisse, Stellenprozente, polyvalenten Fallführung und Jobaufteilung sowie genug Zeit, um mit den interessierten Gemeinden eine Zusammenarbeit auf das Jahr 2013 hin aufzubauen.

Die FDP-Fraktion überlegte sich zuerst, einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, fand jedoch, dass dies unseriös wäre, weil sie zu wenig mit dieser Materie vertraut ist, um beurteilen zu können, wie viele Stellenprozente wo benötigt werden. Auch ablehnen findet sie nicht richtig, weil sie deutlich zeigen möchte, dass sie diese Strategie grundsätzlich richtig findet und auch einer Stellenaufstockung durchaus positiv gegenüberstehen kann. Deshalb lautet der Antrag der FDP, dieses Geschäft zurückzuweisen. Sie fordert den Stadtrat auf, zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Einwohnerratsvorlage vorzulegen, in welcher alles sauber aufgegleist ist – und dann wird die FDP-Fraktion diesem Geschäft zustimmen.

Die **Vorsitzende** eröffnet die Diskussion zum Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion.

Fr. **Irma Jordi** hält fest, dass die Diskussionen vorhin wirklich heiss gelaufen sind. Auch an der Fraktionssitzung liefen diese bereits heiss. Die Fraktion Dynamische Mitte hat während der Sitzungspause ebenfalls intensiv diskutiert und ist nicht für eine Rückweisung. Sie möchte, dass dieses Geschäft heute diskutiert wird. Irma Jordi kann sich vielen Voten von Daniel Schmid anschliessen, aber diese Diskussion soll heute geführt werden.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, wäre sehr froh, wenn der Einwohnerrat sie anhören würde, bevor er über dieses Geschäft entscheidet. Sie merkt, dass noch gewisse Wissenslücken vorhanden sind und möchte diese Informationen gerne weitergeben, damit sich die Mitglieder des Einwohnerrates eine abschliessende Meinung bilden können.

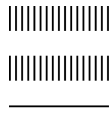
Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr eingehen, lässt die **Vorsitzende** über den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

**Der Rückweisungsantrag wird mit 21:17 Stimmen abgelehnt.**

Die **Vorsitzende** fährt mit der Eintretensdebatte fort.

Hr. **Philippe Dietschi** erklärt, dass die SP-Fraktion gerade bei diesem Geschäft an das Verantwortungsbewusstsein der übrigen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte appelliert. Sie stimmt diesen Stellenaufstockungen aus mehreren Gründen zu.

Beim Bereich Hochbau und Liegenschaften, dem weniger umstrittenen Stellenbegehren, stehen verschiedenste Projekte an, welche für Zofingen auch finanziell bedeutsam sind und die Stadt als Zentrumsgemeinde stärken. Daneben gibt es bestehende Liegenschaften, welche besser genutzt werden können. Es macht deshalb Sinn, die Umwandlung von einer provisorischen zu einer definitiven Stelle zu vollziehen. Dies wird dazu führen, dass die Laufende Rechnung bereits in den kommenden Jahren entlastet werden können, indem beispielsweise tiefere Energiekosten bei bestehenden Liegenschaften resultieren oder höhere Einnahmen aus der Bewirtschaftung der Liegenschaften generiert werden können.



Auch bei der Stelle im Bereich Soziales geht es letztlich um die Zentrumsfunktion, welche Zofingen noch vermehrt wahrnehmen muss. Die Reintegration der vormundschaftlichen Mandatsführung ist in der Einwohnerratsvorlage klar begründet. Gerade im Hinblick auf die Veränderungen im Vormundschaftsrecht handelt es sich um die geeignete Strategie für die Stadt Zofingen. Damit kann sie sich besser positionieren und bereits heute die nötigen Erfahrungen sammeln. Das Modell der polyvalenten Fallführung leuchtet der SP ein, weil dieses ermöglicht, dass die neuen Stellenprozente flexibel, und deshalb auch effizient, genutzt werden können.

Philippe Dietschi findet es ein wenig unverantwortlich, wenn diese Einwohnerratsvorlage als Luxuslösung hingestellt wird, wie dies in der Medienmitteilung zu lesen war. Mit dieser Stellenaufstockung gibt der Einwohnerrat der Verwaltung die Mittel, um unter anderem die Folgen der Wirtschaftskrise überhaupt bewältigen zu können. Bei der Amtsvormundschaft entscheidet man sich für ein System, welches eine langfristige Strategie mit Weitblick auf kommende Veränderungen verfolgt. Sonstigen Exekutiven wurde auch schon vorgeworfen, nicht proaktiv zu handeln. Dies kann man der Zofinger Exekutive ja wohl nicht vorwerfen.

Die Folge eines Neins zur Erhöhung des Stellenplans im Bereich Soziales hat der Stadtrat in der Einwohnerratsvorlage ebenfalls deutlich dargestellt. Ein unveränderter Stellenplan würde zu einer Überbelastung im Bereich Soziales führen und schlussendlich würde es ein weiteres Mal die Klientinnen und Klienten treffen. Um diese Leute geht es vorderhand und dies ist das Verantwortungsbewusstsein, welches der Einwohnerrat heute wahrnehmen sollte. Eine Überbelastung im Bereich Soziales wäre für Zofingen auch weitaus teurer und würde das kurzfristige Denken fortführen, welches aus der Zeit der Wirtschaftskrise bekannt ist.

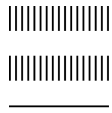
Die Stellenaufstockung ist für die SP absolut begründet, weil die Stadt Zofingen die vielen Aufgaben heute und morgen erfüllen muss. Es muss heute gehandelt werden und diese Stellen müssen jetzt bewilligt werden. Denn wer hier Nein sagt, sagt Ja zu nicht budgetierbaren Folgekosten.

Fr. **Irma Jordi** möchte vorneweg nehmen, dass die Stelle des Projektleiters im Bereich Hochbau und Liegenschaften in der Fraktion Dynamische Mitte unbestritten ist. Unter anderem auch, damit das Liegenschaftskonzept endlich erstellt werden kann.

Sie findet es persönlich auch nicht ganz seriös, wenn der Einwohnerrat über einzelne Stellen entscheiden muss. Deshalb ist sie der Meinung, dass die FGPK richtig entschieden hat, dies solle weiterhin über das Budget abgewickelt werden. Damit Irma Jordi beurteilen kann, ob es eine zusätzliche Stelle braucht oder nicht, müsste sie in einer Abteilung mitarbeiten und schauen können, wie der Arbeitsanfall ist. Aus diesem Grunde findet sie es ein wenig ungeschickt, dass der Einwohnerrat über dieses Thema diskutieren muss.

Folgende Fragen wurden in der Fraktion Dynamische Mitte gestellt: Weshalb wurde die vormundschaftliche Mandatsführung im Jahr 2005 überhaupt an den Regionalverband zofingenregio ausgelagert? Es lohnt sich, die Frage nach dem Grund zu stellen. Und weshalb wurde die Mandatsführung im Jahr 2008 bereits wieder sukzessive in den Bereich Soziales reintegriert? Warum wurde für das Jahr 2010 nicht vorausschauend geplant und anders budgetiert? Im Budget 2010 wurde nämlich nur eine Pensenerhöhung von 10 % für die vormundschaftliche Mandatsführung bewilligt.

Was für die Fraktion Dynamische Mitte ebenfalls ein wenig ungeschickt wirkt, ist, dass in Zofingen das regionale Zusammenarbeiten immer wieder gelobt und gefeiert wird und dann dem Regionalverband zofingenregio – in einem ersten Schritt – gleich wieder eine solch wichtige Aufgabe weggenommen wird. Man sagt immer, man könne regional bzw. in Zusammenarbeit mit den verschiede-



nen Gemeinden besser, effizienter, schneller, effektiver und kostengünstiger arbeiten. Offenbar ist dies in diesem Falle wieder nicht so. Die Dynamische Mitte wünscht sich hierzu ebenfalls eine Erklärung.

Es stellt sich auch die Frage nach den Signalen gegen aussen. Was denken sich die Nachbargemeinden, welche weiterhin bei zofingenregio dabei sind? Diese Antworten möchte die Fraktion Dynamische Mitte gerne noch heute vom Stadtrat hören. Sie ist grundsätzlich überzeugt, dass die polyvalente Fallführung zu einer gewissen Flexibilität verhilft, damit auch Schnittstellen vermieden werden können. Schnittstellen sind in der Sozialarbeit sehr wichtig und müssen beachtet werden. Wenn diese nicht funktionieren, kann es unter Umständen äusserst teuer werden.

Hr. **Thomas Bühler** hält fest, dass das Begehren um Aufstockung der Stellenpläne in den Bereichen Hochbau und Liegenschaften sowie Soziales in der SVP-Fraktion sehr kontrovers diskutiert wurde. Sie kam aber zum Schluss, dass sie die stadträtlichen Anträge unterstützen möchte, insbesondere jener des Bereichs Hochbau und Liegenschaften. Dies damit die Bauverwaltung nach turbulenten Jahren jetzt endlich wieder in ruhigeren Gewässern fahren und leistungsfähig die nächsten grossen Projekte führen kann. Damit die Strukturen und Stellenbeschreibungen eingehalten werden können, braucht es diese zusätzliche Stelle.

Die SVP vermutet aber, dass noch etwas für die Koordination zwischen dem Hochbau und dem Tiefbau in dieser neuen Struktur unternommen werden muss, obwohl diese gemäss Organigramm voneinander abgekoppelt sind.

Trotz aufwändigen Abklärungen und umfassenden Veränderungen steht man offenbar immer wieder vor neuen personellen Problemen. Die Frage, ob in dieser Situation mit einer Personalaufstockung die richtigen Signale gesendet werden, ist berechtigt. In Anbetracht der grossen bevorstehenden Bauprojekte und der Einrichtung der professionellen Immobilienbewirtschaftung stimmt die SVP-Fraktion dieser Aufstockung zu.

In Bezug auf die Stelle im Bereich Soziales scheint der SVP den Zeitpunkt für diese Einwohnerratsvorlage ebenfalls schlecht gewählt. Der Regionalverband zofingenregio sollte den Vertrag noch bis Ende 2011 erfüllen. Die SVP unterstützt die Strategie des Stadtrates grundsätzlich, aber auf einem anderen Weg.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** hat den Eindruck, dass bezüglich der Stelle im Bereich Soziales noch ziemlich viele Missverständnisse bestehen. Sie ist sich nicht ganz sicher, ob der Einwohnerrat heute Abend positiv oder negativ darüber entscheiden kann. Dies hat man auch anhand der Diskussionen während der Sitzungspause gemerkt. Ihr Vorschlag ist, dass Frau Vizeammann jetzt noch ihre Erklärungen abgibt und die Abstimmung über dieses Geschäft auf die Einwohnerratssitzung vom nächsten Montag verschoben wird. Sie ist der Meinung, dass die Mitglieder des Einwohnerrates aufgrund der vorhandenen Grundlagen nicht richtig entscheiden können.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, bemerkt, dass es sich um ein Stellenbegehren handelt, welches eine eigenwillige Vorgeschichte hat. Der Einwohnerrat konnte gar nicht miterleben, was die Strategie des Stadtrates war, weshalb ein Wechsel stattfand und wie dieser aufgegleist wurde. Ebenso wenig die gesamte Historie wie sie Frau Vizeammann erlebt hat, als sie dieses Ressort übernahm. Deshalb ist sie der Meinung, dass sie noch einen gewissen Einblick geben muss, damit der Einwohnerrat dies nachvollziehen kann. Dies dünkt sie sehr wichtig.



Als Frau Vizeammann das Ressort Soziales übernahm, stellte sie bald einmal fest, dass zu viele Vernetzungen vorhanden sind. Das heisst Personen, welche Sozialarbeit verrichten und für dieselben Leute gleichzeitig ein Mandat führen. Es war ihr sehr wichtig, dass die Fälle seriös geführt werden und immer eine „second opinion“ garantiert werden kann. Anlässlich der seinerzeitigen Organisationsentwicklung stellte man fest, dass die allerbeste Lösung wäre, die Vormundschaftsmandate an den Regionalverband zofingenregio auszulagern. Aus der Not heraus war dies ein sehr intelligenter Schritt, weil der Bereich Soziales dadurch Fehler verhindern konnte, welche leider auch passiert sind. Dadurch erhielt die Arbeit eine ganz andere Qualität.

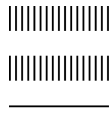
Mittlerweile ist der Bereich Soziales sehr gut organisiert und weist einen hohen Organisationsgrad auf. Die Aufgaben sowie die Produkte sind alle definiert und es wird mit einem hohen betriebswirtschaftlichen Wissen gearbeitet. Dies machte einem Mut, die vormundschaftlichen Mandate wieder zurückzunehmen. Unter dem Strich profitiert man natürlich von den Synergien und dem Wissen, wenn beides unter einem Dach durch dasselbe Team erledigt wird. Ganz wichtig ist aber, dass die beiden Aufgabenbereiche gesplittet bleiben.

Die Person, welche diese polyvalente Stelle bekleiden würde, würde natürlich nicht gleichzeitig die Sozialhilfe einer Klientin oder eines Klienten bearbeiten und das vormundschaftliche Mandat derselben Person führen. Aber sie könnte Mandate führen und von anderen Personen die Sozialhilfe betreuen. Diese beiden Bereiche würden nach wie vor strikt getrennt. Polyvalent heisst nicht Personalunion.

Man war also der Ansicht, man wolle die vormundschaftlichen Mandate unbedingt wieder zurück haben. Was auch ein wenig damit zu tun hatte, dass nicht immer mit der Qualität gearbeitet wurde, wie man sie sich gewohnt war. Auf die Leute hat man ebenfalls wenig Einfluss und es werden entsprechend keine Jahresziel- sowie Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnengespräche geführt. Eigentlich bezahlt man nur. Nach reifer Überlegung wollte man diesen Schritt vornehmen. Dass dieser nicht von allen goutiert wird, dachte man sich schon im Vorfeld. Die Argumente dafür sind jedoch gut, denn es wurde aufgezeigt, dass zofingenregio ein fantastischer Verband ist, wenn es darum geht, Module bzw. fixe Produkte anzubieten. Die moderne Lehre besagt, dass man im Bereich der Sozialarbeit von den Verbandslösungen wegkommen soll. Der Nachteil eines Verbandes ist, dass das Team viele Akteure um sich hat, welche alle eine eigene Einstellung haben.

Zofingen möchte antizipieren. Das ambitionierte Ziel ist, auf das Jahr 2013 hin bereit zu sein, um selber Verträge anbieten zu können. Um die Stadt Zofingen herum gibt es interessierte Gemeinden, welche mit ihr Verträge eingehen möchten – sei es für materielle oder immaterielle Hilfe oder vormundschaftliche Abklärungen. Wenn der Systemwechsel erfolgt bzw. das Vormundschaftsrecht im Jahr 2013 geändert wird, will die Stadt Zofingen parat sein. In Zukunft wird es keine Vormundschaftsbehörde mehr geben, sondern eine Fachbehörde. Es wird noch überlegt, wie die Konstellation in den Regionen bewerkstelligt werden kann. Die Stadt Zofingen möchte sich zu diesem Zeitpunkt der Konkurrenz stellen und den kleinen Gemeinden per Vertrag ihre Arbeit anbieten.

Im Vormundschaftsrecht bestehen gar nicht so viele Freiheiten. Die Kündigungsfrist von 2 Jahren und die Gesetzeslage im Vormundschaftsrecht beissen sich. Die Kündigung des Vertrags kann nur auf 2 Jahre hinaus, also auf Ende 2011, erfolgen. Dementsprechend wurde dieser Ende 2009 gekündigt, damit alles „lege artis“ läuft. Es gibt aber noch laufende Mandate, welche nach 2 Jahren ablaufen. Danach wird ein Bericht erstellt und überlegt, ob diese Konstellation beibehalten werden soll oder ein neues „Setting“ benötigt wird. Nach 2 Jahren liegt dies in der Verantwortung der Behörde. Würde dieser Schritt zwischendurch vorgenommen, hätte das Mündel dieses Recht und könnte auch klagen. Dies würde sehr viel mehr Aufwand und ein ganz komplizierter Ablauf bedeu-



ten. Das erhoffte Resultat würde möglicherweise ebenfalls nicht erreicht – auch unter dem Aspekt des Geldes. Der Mensch ist wichtig und steht im Vordergrund, aber man will auch zeigen, dass man mit Geld umgehen kann. Würde man diese Mandate bis Ende 2011 laufen lassen und erst zu diesem Zeitpunkt wieder reintegrieren, gäbe es einige, welche über zofingenregio weiterlaufen würden und bei welchen mit dem Mündel ein neuer Weg gesucht werden müsste. Dies würde teuer zu stehen kommen.

Frau Vizeammann Annegret Dubach ist darauf angewiesen, dass die Situation richtig verstanden wird. Die zweijährige Berichtsdauer in der Mandatsführung steht nicht parallel zur zweijährigen Kündigungsfrist des Vertrags. Gewisse Mandate liess man weiterlaufen, um den Sockelbeitrag zu amortisieren. Was auch zu Reaktionen von Seiten des Regionalverbandes zofingenregio führte. Die Mandate, welche momentan noch von zofingenregio bearbeitet werden können, wurden dort belassen. Dies ist auch ein Grund, weshalb das Stellenbegehren nicht früher dem Einwohnerrat unterbreitet werden musste.

Die Situation sieht mittlerweile aber so aus, dass es immer mehr schwierige Vormundschaftsfälle gibt, welche immer nur von derselben Person im Bereich Soziales geführt werden können. Auch ein Amtsvormund erreicht irgendwann seine Kapazitätsgrenzen und es ist ihr, auch als politische Verantwortliche, wichtig, dass darauf Rücksicht genommen wird.

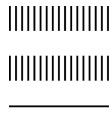
Zofingen ist übrigens nicht die einzige Gemeinde, welche bei zofingenregio aussteigt. Oftringen steigt noch früher aus und hat die Zofinger Idee gleich umgesetzt. Die Stadt Zofingen hat ein wenig zugewartet, weil sie vorsichtig mit dieser Thematik umgehen wollte. Nicht zu vergessen ist, dass der Stadtammann zugleich auch der Präsident des Regionalverbandes zofingenregio ist. Dem Stadtrat war es ganz wichtig, dies zofingenregio gut beizubringen. Politisch ist es klug, wenn sich der Stadtrat ein Jahr länger Zeit gibt.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, möchte als Präsident des Regionalverbandes zofingenregio einen Überblick aus der Region geben, um die Situation eventuell ein wenig klarer darzustellen. Es ist effektiv so, dass der Stadtrat und er selber immer für regionale Zusammenarbeit plädieren. Nun gibt es gewisse regionale Zusammenarbeitsmodelle sowie Themenbereiche, welche sich besser oder schlechter dafür eignen.

Das Verbandsmodell, wie man es bei zofingenregio kennt, ist eigentlich die schwierigste aber auch niederschwelligste Lösung. Alle Gemeinden, welche sich für einen gemeinsamen Auftrag zusammenschliessen, haben dieselben Rechte. Aufgrund der Einwohnerzahlen werden die Stimmzahlen ein wenig differenziert, aber sonst sind keine grossen Unterschiede vorhanden. Es muss Einstimmigkeit herrschen und so wird man automatisch ziemlich schwerfällig. Die Steuerungsmöglichkeiten sind geringer.

Es gibt noch andere Modelle, wie beispielsweise bei der Regionalpolizei oder dem Regionalen Zivilstandsamt. Dabei handelt es sich um ein Vertragsmodell. Oder es gibt auch das Modell REGOS bei der Oberstufe. Zofingen ist der Standort und bestimmt die Ausgestaltung. Die Gemeinden welche Interesse haben, können sich anschliessen und bis zu einem gewissen Grad bei der Gestaltung des Budgets und der Strategie mitwirken. Aber letztlich fällt Zofingen die Entscheide. Dies ist beim Regionalverbandsmodell, wie es jetzt existiert, nicht möglich, da alle Gemeinden mitsteuern.

Dies macht dieses Modell nicht unbedingt effizient. Im Sozialbereich wird zwar gemeinsam gearbeitet – die Leute des Regionalverbandes arbeiten intensiv – aber viele Personen mischen sich ein. Die Gemeinden nehmen direkten Einfluss, weil sie nach wie vor Vormundschafts- oder Sozialbehörde



sind. Zudem gibt es gewisse Gemeindeschreiberinnen und -schreiber, welche relativ viel von der Materie verstehen und dies weitergeben wollen, was unendlich viele personelle Ressourcen absorbiert. Dies macht sich im Regionalen Sozialdienst extrem bemerkbar. Es wird beinahe um alles gefeilscht. Die eine Gemeinde bezahlt dann und die andere halt nicht. Nun kann man sich vorstellen, wie dies den Aufwand zum steigen bringt. Alle Gemeinden, welche einen Sockelbeitrag bezahlen, finanzieren solche Aufwände mit.

Die Vorstellung wäre, dass ein einheitlicher Standard festgelegt wird, welcher für alle gilt. Aber dies ist schlicht nicht durchführbar bei diesem Modell, weil sehr viele verschiedene Meinungen, wie die materielle Hilfe ausgestaltet werden soll, herrschen. Beim Vormundschaftsdienst ist dies nicht ganz so extrem, aber auch dort sind individualisierte Lösungen an der Tagesordnung. Dies treibt den Aufwand stark in die Höhe. Dies als Erklärung, weshalb der Stadtrat den Eindruck hat, dass sich ein Zusammenarbeitsmodell im Sozialbereich nicht so gut eignet.

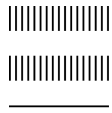
Hingegen ist die Zusammenarbeit im Bereich der Regionalplanung sehr gut. Auch die Tagesfamilien funktionieren äusserst gut und es kommen immer mehr Gemeinden dazu. Das Regionsmarketing ist ebenfalls ein positives Beispiel. Es gibt also sehr wohl viele gute Modelle im Bereich der regionalen Zusammenarbeit.

Weshalb wurde der Austritt bei zofingenregio gegeben? Dies erfolgte nicht einfach so. Um den Aufwand ein wenig in Grenzen zu halten, strebt der Regionalverband eine Lösung an, bei welcher die Leistung Vormundschaftsdienst entweder ganz oder gar nicht bei ihm bezogen wird. Die Gemeinde müsste sich also entscheiden, ob sie die Leistung voll oder gar nicht von zofingenregio beziehen will. Im Moment passiert nämlich Folgendes: Es gibt Gemeinden, welche ihren Vormundschaftsdienst optimieren bis die Stellen ausgelastet sind und die überzähligen Fälle dem Regionalverband übergeben. Für den Verband ist es dann äusserst schwierig auf diese Weise zu planen.

Bei den Verbandsgemeinden wurde eine Umfrage zum Aufgabenportfolio von zofingenregio durchgeführt und diese haben sich gegen den Vorschlag des Regionalverbandes ausgesprochen. Sie wollen weiterhin so viele Fälle, wie sie wollen, dem Verband übertragen können. Dies führte dazu, dass man bei zofingenregio der Meinung war, man habe eine genug grosse Solidaritätsleistung erbracht. Auf diese Weise konnte der Stadtammann, als Präsident des Regionalverbandes, den Austritt von Zofingen bei zofingenregio vertreten.

Andere Gemeinden befinden sich in derselben Situation wie Zofingen. Oftringen hat beispielsweise das Modell, welches von der FDP favorisiert wird, gewählt und hat den Vertrag ein Jahr vor Zofingen, also auf Ende 2010, gekündigt. Nun hat sie das Problem, dass sie die Kapazitäten sowie das Know-how nicht steigern kann. Daraufhin musste sie mit dem Regionalverband die Diskussion aufnehmen und dieser entschied, dass sie den Sockelbeitrag weiterhin bezahlen muss. Dies ist für alle Gemeinden Pflicht. Dafür kann sie ein Jahr länger bei zofingenregio bleiben. Hiermit befindet sie sich in derselben Situation wie die Stadt Zofingen.

Weshalb gibt es beim Regionalverband zofingenregio überhaupt einen Sockelbeitrag? Als der Stadtammann Verbandspräsident wurde, war noch keine Leistungserfassung vorhanden. Mittlerweile wurde diese eingeführt und man könnte durchaus feststellen, wie viele Stunden für jede einzelne Gemeinde gearbeitet wird. In Zukunft wäre es auch durchaus möglich, ohne Sockelbeitrag zu arbeiten und die effektiv bezogenen Leistungen zu verrechnen. Hierbei würden aber garantiert nicht die grösseren Gemeinden zur Kasse gebeten. Wenn eine kleinere Gemeinde, wie beispielsweise Wiliberg, einen schwierigen Vormundschaftsfall hätte, könnte sie den Steuerfuss sogleich erhöhen. Mit dem Sockelbeitrag wird die Solidarität unter den Gemeinden ausgependelt.



Im Moment wird diskutiert, ob das Verhältnis zwischen Sockelbeitrag und Leistungskomponente ein wenig zu Gunsten der Leistungskomponente verschoben werden soll. Der Sockelbeitrag wird rein aufgrund der Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden berechnet und bezieht sich nicht auf die Anzahl Fälle in einer Gemeinde.

Der Stadtmann möchte auch in aller Form verwehren, dass sich der Regionalverband zofingenregio bei der Zofinger Situation nicht solidarisch verhalten hat.

Die **Vorsitzende** fragt Yolanda Senn Ammann, ob sie an ihrem Ordnungsantrag auf Abbruch der Verhandlungen festhalten möchte. Nachdem diese zustimmt, eröffnet die Ratspräsidentin die Diskussion zum Antrag.

Hr. **Marcel Thüler** bedankt sich bei Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger und Frau Vizeammann Annegret Dubach für die Ausführungen. Grundlegende Fragen wurden geklärt. Wie dies bereits von der Fraktion Dynamische Mitte erwähnt wurde, sollte mit diesem Geschäft vorwärts gemacht werden. Auch wenn dieses nochmals um eine Woche verschoben wird, ändert dies an den Fakten rein gar nichts. Möglicherweise muss sich Marcel Thüler auch an der Nase nehmen, dass gewisse Sachen in der FGPK nicht genauer nachgefragt wurden. Dies wird ihm eine Lehre sein. Aber er möchte dennoch an einen anderen Grundsatz erinnern: Der Einwohnerrat diskutiert jetzt über zwei Stellenaufstockungen, über welche er gar nicht diskutieren würde, wenn sie im Budget enthalten wären. Der Einwohnerrat muss dem Stadtrat eine gewisse operative Freiheit geben und diese wird ein Stück weit eingeschränkt, wenn die Diskussionen dermassen intensiv geführt werden. Es geht um Geld, aber gewisse Grundsätze sollten trotzdem eingehalten werden. Mit den Ergänzungen von Frau Vizeammann Annegret Dubach leuchtet Marcel Thüler jetzt alles ein und er ist dagegen, dass dieses Geschäft nochmals um eine Woche verschleppt wird.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** geht es nicht darum, ein Geschäft zu verschleppen, wenn dieses um eine Woche verschoben wird. Sie ist sich aber nicht sicher, ob diese Ausführungen gereicht haben, um sich innert dieser kurzen Zeit eine definitive Meinung zu bilden. In der Regel werden die Einwohnerratsvorlagen frühzeitig zugestellt und die Einwohnerratsmitglieder haben einige Wochen Zeit, um sich eine Meinung zu den Geschäften zu bilden. Viele Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte müssen jetzt zuerst in ihren Fraktionen nachfragen, was sie abstimmen sollen bzw. dürfen. Yolanda Senn Ammann ist für die Stellenerhöhung, sie möchte aber gerne, dass sich jedes Einwohnerratsmitglied selber Gedanken machen kann, ob es seine Meinung ändern kann oder nicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr eingehen, lässt die **Vorsitzende** über den Ordnungsantrag auf Vertagung des Geschäfts um eine Woche von Yolanda Senn Ammann abstimmen:

**Der Antrag wird mit 34:1 Stimmen (bei Enthaltungen) abgelehnt.**

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Für den Bereich Hochbau und Liegenschaften sei die Erhöhung des Stellenplanes um 100 Stellenprozent (neu total 870 Stellenprozent, exkl. Administration) zu bewilligen.





**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

2. Für den Bereich Soziales seien die Erhöhung des Stellenplanes um total 100 Stellenprozente (60 % Amtsvormundschaft und Sozialhilfe [polyvalente Stelle] per 1. August 2010 und 40 % Administration per 1. Januar 2011) sowie ein Nachtragskredit von CHF 50'600.– zur Laufenden Rechnung für Personalkosten und die Einrichtung von zwei neuen Arbeitsplätzen zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 25:11 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.**

## Art. 18

### GK 33

#### **Interpellation der SP-Fraktion vom 15. März 2010 betr. Kosten der amtlichen Mitteilungen im amtlichen Publikationsorgan der Stadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)**

Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass die Beantwortung des Stadtrates den Fraktionen rechtzeitig zugestellt wurde. Sie fragt nun die Vertreterin der SP, Viviane Hösli, ob sie noch eine weitere Begründung anbringen möchte oder dem Stadtrat mitteilen kann, dass sie mit der Beantwortung zufrieden ist.

Fr. **Viviane Hösli** teilt mit, dass sich die SP, obwohl ihr nicht alle gewünschten Zahlen in der Antwort des Stadtrates geliefert wurden, mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden erklärt. Die Kosten – aber auch die Qualität – der Informationen aus dem Stadthaus sind in den letzten Jahren gestiegen. Des Weiteren wird die zusätzliche Aufgabe amtlicher Publikationen in einer Gratis-Wochenzeitungen geprüft, was aus Sicht der SP zu begrüssen ist. Sie möchte gerne anregen, dass der Stadtrat auch die günstige aber wirkungsvolle Methode von Newslettern, also die Zustellung von Informationen per E-Mail, prüft.

Viviane Hösli möchte noch kurz etwas zur Homepage der Stadt Zofingen sagen: Sie stammt aus der so genannten Web 2.0-Generation. Die Stadträtinnen und Stadträte müssen jetzt jedoch keine Angst haben, sie müssen deswegen nicht beginnen zu „twittern“ oder ein Facebook-Profil eröffnen, wenn sie dies nicht selber wünschen. Aber wenn man die Homepage der Stadt Zofingen anschaut, merkt man, dass seit September 2009, als die gesamte Umgestaltung vorgenommen wurde, nicht viel passiert ist. Auf der Startseite wird immer noch auf das „neue“ Erscheinungsbild hingewiesen. In der Beantwortung des Stadtrates wird auch impliziert, dass man nur eine einmalige inhaltliche Überarbeitung vornehmen könne. Dies ist bei einer Homepage nicht der Fall. Und wenn unter dem Punkt „Aktuelles“ noch immer Termine vom August oder sogar Juli 2009 angekündigt werden, wird es langsam ein wenig peinlich.

Schon heute können Merkblätter und Formulare über die Homepage heruntergeladen werden. Dies ist zur Entlastung der Einwohnerinnen und Einwohnern sowie der zuständigen Amtsstellen sehr zu begrüssen. Hat aber jemand schon einmal ein älteres Einwohnerratsprotokoll bzw. Voten einer gewissen Einwohnerrätin oder eines bestimmten Einwohnerrates gesucht? Na dann, viel Glück! Insbesondere, wenn das Thema vor 2003 behandelt wurde, dann findet man nämlich gar nichts.

Viviane Hösli hat, als junge Einwohnerrätin, kaum die Möglichkeit, sich auf diese Weise über alte parlamentarische Vorstösse zu informieren. Als Bürgerin wäre es ihr zudem schleierhaft, welche Geschäfte und Vorstösse des Einwohnerrates noch pendent sind. Es wäre im Interesse der Einwoh-



nerratsmitglieder, wenn solche Sachen auf der Homepage nachgeschaut werden könnten, damit nicht alle Jahre wieder über dieselben Fragen diskutiert werden muss. Nicht zuletzt ist eine attraktive und aktuelle Homepage die beste Visitenkarte für eine Stadt. Ihrer Meinung nach ist dies bedeutend wichtiger als das richtige Briefpapier zu haben.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, bedankt sich für die Blumen bezüglich der Intensivierung bzw. Verbesserung der Kommunikation. Die Schelte betr. Homepage wird selbstverständlich auch entgegengenommen. Dies trifft zu und in den letzten Jahren wurde zu wenig an der Homepage gemacht. Es handelt sich um eine relativ personalintensive Angelegenheit und die Prioritäten wurden ein wenig anders gesetzt. Der Stadtammann gelobt jedoch Besserung.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

#### Art. 19

##### GK 34

#### **Interpellation der SP-Fraktion vom 15. März 2010 betr. der zukünftigen Nutzung der Abdankungshalle Rosengarten (Begründung und Beantwortung)**

Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass auch diese Beantwortung des Stadtrates den Mitgliedern des Einwohnerrates rechtzeitig zugestellt wurde. Sie bittet nun die Vertreterin der SP, Liz Ruch, dem Stadtrat mitzuteilen, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist oder eine allfällige Begründung anzubringen.

Fr. **Liz Ruch** erklärt, dass die SP mit der Beantwortung des Stadtrates zufrieden ist und keine Diskussion verlangt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

#### Art. 20

##### GK 35

#### **Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 15. März 2010 betr. Parkierreglement für attraktives Parkieren im Parkhaus (Begründung und Beantwortung)**

Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass die schriftliche Beantwortung des Stadtrates zur Motion vorliegt. Die Begründung von Seiten der Motionäre erfolgt durch Marco Arni.

Gemäss Hrn. **Marco Arni** kann offene Türen einrennen etwas Schönes sein. Man fühlt sich willkommen. In diesem Sinne dankt er dem Stadtrat für die positive Antwort auf die Motion der Fraktion Dynamische Mitte.

Man kann sich die Frage stellen, ob es nötig ist, eine mehr oder weniger offene Türe einzurennen. Es ist nicht per se unnötig, weil man sich doch mindestens die Frage stellen darf, wie offen diese Türe wäre, wenn sie niemand ingerannt hätte. Oder, bezogen auf dieses Geschäft, hätte vielleicht gerade diese Motion bewirken können, dass die Türe in Bewegung kommt. Wie auch immer. Mit dieser Motion ergreift der Einwohnerrat eine Chance, weil er dem Stadtrat damit heute den Rücken

stärken und ein Signal geben kann im Hinblick auf die versprochene und auf Oktober 2010 angekündigte Überarbeitung des Parkgebührenreglements. Der Einwohnerrat soll die Gelegenheit, als Legislative die Fahrtrichtung ein wenig vorzugeben, packen.

Das Problem ist an und für sich klar, einfach und von den meisten erkannt. In Zofingen sind genügend Parkplätze vorhanden – was die verschiedenen Erhebungen auch gezeigt haben – aber sie werden unterschiedlich genutzt. Die unterschiedliche Nutzung ist eigentlich nachvollziehbar, weil die Autofahrerinnen und -fahrer rational handeln. Sie handeln überlegt und wissen, dass für Erledigungen in der Altstadt ein oberirdischer Altstadtparkplatz schlichtweg komfortabler und praktischer ist, als ein Parkplatz im Bahnhofparking. Dies leuchtet ein und man darf die Automobilistinnen und Automobilisten nicht kritisieren, wenn sie von diesem Angebot Gebrauch machen. Nur, so rational, wie dies im Einzelfall erscheinen mag, führt dies über alle Autofahrerinnen und -fahrer sowie Parkplätze gesehen zu einem gewissen städtischen Problem. Man denke dabei beispielsweise an den Suchverkehr, den teuren leeren Parkraum im Parkhaus oder daran, dass durch das heutige Regime nicht unbedingt diejenigen einen oberirdischen Parkplatz ergattern, welche diesen auch am dringendsten benötigen.

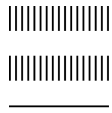
Der CDU-Politiker und ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, sagte einmal: „Die einen fahren in die Stadt und suchen einen Parkplatz. Die anderen fahren raus, weil sie keinen gefunden haben. Das nennt man Stadtbelegung.“ Eine solche Art von Stadtbelegung will in Zofingen wohl niemand. Man packe also die Chance, mit der bevorstehenden Übernahme des Bahnhofparkings durch die Stadt Zofingen auf Januar 2011, das Konzept zu überarbeiten, die Nutzung der bestehenden Parkfelder zu optimieren und die Steuerungsmechanismen wirken zu lassen.

Zeit und Geld sind zwei Steuerungsmechanismen, welche eingesetzt werden können. Wenn das knappe Gut oberirdische Altstadtparkplätze zu einem knappen Gut erklärt wird und der Preis damit auch entsprechend steigt, entsteht ein Anreiz, in das vergleichsweise günstigere Parkhaus zu gehen. Nun kann man einwenden, dass die Preisdifferenz bereits besteht. Aber ganz offensichtlich ist der Lenkungseffekt zu klein. Das heisst, die heutigen Tarifstrukturen sind noch zu optimieren. Wie viel oder was es braucht, soll der Stadtrat eruieren. Dies ist seriöser. Deshalb soll mit der Motion der Fraktion Dynamische Mitte dem Stadtrat der Ball zugespült werden.

Auch bezüglich zeitliche Anreize gilt es, sich neue Gedanken zu machen. Hier scheint die Feinjustierung ebenfalls noch nicht gefunden zu sein. Wie lange soll man oberirdisch maximal parkieren dürfen? Wann endet am Abend und beginnt am Morgen die zahlungspflichtige Zeit auf den oberirdischen Parkfeldern und im Parkhaus? Diese Fragen sind aus Sicht der Motionäre der Fraktion Dynamische Mitte zu stellen. Es braucht diese Motion, damit diese beantwortet werden.

Theoretisch könnte die Stadt ein gutes Geschäft machen, wenn sie die Gebühren der oberirdischen Parkplätze erhöhen würde. Wer aber die Motion der Fraktion Dynamische Mitte genau liest, merkt, dass dies nicht das Hauptziel ist. Mit dieser Motion soll der Stadtrat verpflichtet werden, mit Anreizen zu arbeiten, nämlich indem für gewisse Parkiergruppen im Vergleich zu heute attraktivere Angebote geschaffen werden.

Zusammen mit den im Zwischenbericht zur bereits im Einwohnerrat diskutierten Motion Altstadtparking versprochenen Massnahmen, wie bessere Signalisation, Parkleitsystem und Marketing, kann eine Lenkungswirkung erreicht werden. Hiervon sind Marco Arni und die Fraktion Dynamische Mitte überzeugt. Von einer entspannteren Parkplatzsituation in der Altstadt können alle profitieren – ganz unabhängig davon, ob irgendwann einmal noch ein zweites Parkhaus realisiert wird oder nicht.



In diesem Sinne bittet Marco Arni die Mitglieder des Einwohnerrates im Namen der Fraktion Dynamische Mitte, der Motion zuzustimmen und sie dem Stadtrat zu überweisen, um ihm einen Steilpass zuzuspielen. Diese Motion soll nicht auf dem Altpapierstapel parkiert werden, sondern in das städtische Pendenzen-Parkhaus fahren.

Allen Leuten Recht getan ist eine Kunst, die niemand kann. Hr. **Jakob Lang** erklärt, dass ein Parkgebührenreglement, welches alle Anspruchsparteien befriedigt, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Insofern ist der Stadtrat hier stark gefordert. Dass ein neues Gebührenreglement benötigt wird, ist aus der Beantwortung des Stadtrates zu entnehmen. Er will diese Motion ja entgegennehmen, was sicher sinnvoll ist. Auch die FDP-Fraktion ist für eine Überarbeitung des Reglements. Es soll jedoch Augenmass gehalten werden. Das Parkgebührenreglement wurde vor noch nicht allzu langer Zeit bereits überarbeitet und die unbezahlte Parkzeit angepasst. Diese wird, wie Jakob Lang dies innerhalb seines Bekanntenkreises feststellen konnte, sehr geschätzt und verleiht dem Zentrum von Zofingen eine Qualität, welche andere Zentren, wie beispielsweise das A1 oder der OBI Baumarkt, nicht besitzen. Er möchte davor warnen, dass zu viel daran herumgeschraubt wird.

Es ist schon richtig, dass die Gebühren für die Oberflächenparkplätze teurer gestaltet werden können, aber dann stellt sich auch die Frage, ob man wirklich noch in das Altstadtparking und nicht eher ins A1, in den Coop oder in die Migros gehen will. Dort kann man nämlich direkt in die Tiefgarage fahren und muss nicht einmal mehr in die Altstadt kommen. Der Einwohnerrat muss sich gut überlegen, was er will und wie er es will. Es stimmt, dass Geld und Zeit die Steuerungsfaktoren sind, welche zur Verfügung stehen. Diese müssen dann entsprechend reglementiert werden.

Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass der ruhende Verkehr nicht „coûte que coûte“ in ein unterirdisches Parkhaus vertrieben werden sollte. Es sollen auch kreative Ansätze genützt werden, um das – vielleicht zu grosse – Parkhaus zu füllen. Die Frage ist nämlich, ob dieses jemals gefüllt werden kann. Oder erstickt man, wenn dieses endlich voll ist, sowieso im Verkehr. Jakob Lang weiss nicht, ob die seinerzeitige Planung des Parkhauses so ganz richtig war. Deshalb ist er der Meinung, dass der Einwohnerrat gefordert ist, nochmals darüber nachzudenken. Primär gilt es aber sicher, auch den Verstand der Automobilistinnen und Automobilisten und der Verkehrsteilnehmenden anzusprechen und diejenigen, welche nicht mehr so gute Augen haben, mit einer genug grossen Tafel auf die vorhandenen Parkmöglichkeiten hinzuweisen. Alles Sachen, welche bekannt sind und im Raum stehen und bis jetzt nicht umgesetzt wurden.

Die FDP-Fraktion wünscht sich für das kommende neue Parkgebührenreglement ein Vorgehen mit Augenmass.

Hr. **Markus Gfeller** stellt fest, dass bereits gesagt wurde, das Parkgebührenreglement – so wie es jetzt besteht – sei ziemlich neu. Die finanziellen und zeitlichen Anreize wurden bereits gesetzt. Die SVP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass mit der Übernahme des Parkhauses durch die Stadt Zofingen scheinbar einige Detailanpassungen nötig sind. Aber sie ist der Auffassung, dass nicht alles auf den Kopf gestellt werden sollte. Vor allem teilt Markus Gfeller die Ansicht, dass Autofahrerinnen und -fahrer rational entscheiden, nicht. Man kann den Bogen nämlich auch überspannen indem die finanziellen und zeitlichen Anreize einfach übertrieben werden. In diesem Sinne empfindet die SVP-Fraktion diese Motion als unnötig und wird deren Überweisung ablehnen.

Gemäss Hrn. **Philippe Dietschi** ergibt sich mit dem Übergang des Bahnhofparkings in das Gemeindeeigentum, dass die Stadt Zofingen, als neue Betreiberin, das Parkgebührenreglement erweitern muss. Zu dieser Selbstverständlichkeit steht die SP-Fraktion und wird der Überweisung der



Motion zustimmen. Für sie ist ebenfalls selbstverständlich, dass hiermit auch eine Umlagerung der Parkplätze von der Altstadt in das Parkhaus vollzogen werden muss. Die einen nennen dies grün fundamental, man könnte aber auch von betriebswirtschaftlich fundamental reden.

Es ist doch klar, dass, wenn das Bahnhofparking einigermaßen wirtschaftlich betrieben werden soll, die Attraktivität der Altstadtparkplätze reduziert werden muss. Das heisst, dass die Gebühren für Parkplätze, welche vor allem viel Suchverkehr verursachen, wie beispielsweise bei der Stadtkirche und beim Stadthaus, aufgehoben werden müssen. Es handelt sich um eine Befreiung und nicht um eine Vertreibung. Diese wunderbare Begegnungszone sollte von Vehikeln befreit werden. Im Parkhaus, und dies zeigen alle Studien, ist genug Platz vorhanden und dieses befindet sich erst noch in nächster Distanz zur Altstadt. Die Kirche im Dorf aber die Autos im Parkhaus.

Die Gratis-Halbestunde ist genauso überholt. Es gibt wohl keine andere mitteleuropäische Stadt, welche die Autofahrerinnen und -fahrer mit einer solchen Massnahme zum Suchverkehr ködert. Zofingen ist eine Energiestadt und will es auch bleiben. Dass ein wirtschaftlich betriebenes Altstadt-parking benötigt wird, wird sich wahrscheinlich auch in der Budgetdebatte zeigen. Man ist darauf angewiesen, dass das Gemeindegut, also auch das Parkhaus, wirtschaftlich betrieben werden kann. Deshalb das Ja zu dieser Motion sowie zur entsprechenden Vorwärtsstrategie, welche der Stadtrat hoffentlich einschlagen wird.

Hr. **Marcel Thüler** muss jetzt doch noch ganz kurz etwas dazu sagen. Er hat versucht, sich zurück-zuhalten, aber dies geht nicht. Wenn gewisse Einwohnerratsmitglieder wirklich Angst haben, dass die Geschäfte nicht gut laufen, weil die Parkplätze nicht frei sind, dann appelliert er an alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, welche in der Altstadt wohnen, ihr Auto im Parkhaus abzustellen, so wie er dies macht. Wenn er durch die Altstadt läuft und all diese Autos sieht, bei welchen er genau weiss, wem sie gehören, und heute Abend hier im Saal solche Voten fallen, stehen ihm die Haare zu Berge.

Der **Stadtrat** hat keine Ergänzungen zu seiner schriftlichen Beantwortung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt die **Vorsitzende** über die Überweisung der Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 15. März 2010 abstimmen:

**Der Überweisung der Motion wird mit 28:10 Stimmen zugestimmt.**

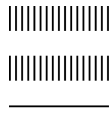
## Art. 21

### Umfrage

#### Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Fr. **Rahela Syed** hat eine Frage im Zusammenhang mit dem Lehrermangel und einigen Burnout-Fällen an der Zofinger Schule: Wie gedenkt man diese Probleme anzugehen? Gibt es ein Burnout-Konzept und wie sieht dieses aus? Es sollte doch wichtig sein, die amtierenden Lehrpersonen halten und auch gesund behalten zu können.



Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, hält fest, dass an der Schule Zofingen im Moment nicht viel vom Lehrermangel zu spüren ist. Dies spricht für die Stadt Zofingen als Arbeitgeberin und auch ein wenig als Zentrumsgemeinde. Aber man wird sich bestimmte Gedanken machen müssen, ob auch in Zukunft immer alle Stellen besetzt werden können. Insbesondere in gewissen Bereichen. Dabei denkt der Stadtammann an die Sekundarstufe I.

Zum Burnout-Konzept gilt es grundsätzlich zu sagen, dass bei der Schule sehr viel kantonal geregelt ist. In sehr vielen Bereichen, auch was die Weiterbildung und die Gesundheit anbelangt, bestehen kantonale Konzepte. An der Schule Zofingen wird das Thema Burnout dennoch aktiv angegangen. Das heisst, dass sich die Schulleitung in persönlichen Gesprächen mit Lehrpersonen, welche ihrer Meinung nach gefährdet sind, diesem Thema annimmt und versucht abzuklären, ob eine externe Unterstützung notwendig ist. Dies sind nicht immer einfache Gespräche und diese können auch schnell falsch aufgefasst werden.

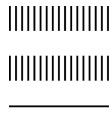
Fr. **Rahela Syed** hat eine weitere Frage zur Weiterbildung: Besteht an der Schule Zofingen ein Weiterbildungskonzept und wie sieht dieses aus? Es gibt ein Weiterbildungsprogramm für Lehrpersonen, welches Master-, Zertifikats- und Diplomlehrgänge enthält. Ist es für die Zofinger Schule von Interesse, dass die Lehrpersonen solche Kurse besuchen? Wird aktiv auf die geeigneten Lehrpersonen zugegangen? Wie wird das Ganze finanziell geregelt?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, antwortet, dass der Kanton auch im Bereich der Weiterbildung sehr viel anbietet. Dies wird von der Stadt Zofingen sehr begrüsst. Das Angebot passt zum Weiterbildungskonzept, welches für die Mitarbeiterinnen und -arbeiter der Stadtverwaltung vorhanden ist. Dieses wird zentral von der Abteilung Personal geregelt. Mit dem Weiterbildungskonzept werden grundsätzlich alle Weiterbildungen gefördert. Dies gilt auch für die Lehrpersonen.

Bestimmt haben alle in den Medien auch von der Studie gelesen, welche ausweist, dass Lehrpersonen sehr stark unter der Belastung in verschiedenen Bereichen leiden. Der Stadtammann hat gewisses Verständnis, dass dann die individuelle Bereitschaft, sich einer Weiterbildung zu unterziehen, nicht an vorderster Stelle steht. Die Stadt Zofingen zwingt die einzelnen Mitarbeiterinnen und -arbeiter nicht, ganz gezielt eine Weiterbildung zu absolvieren. Die Motivation muss von den Mitarbeiterinnen und -arbeitern her kommen. Die Stadt Zofingen prüft die Weiterbildungsgesuche aber entsprechend und unterstützt diese auch.

Hr. **Marcel Thüler** reichte während der letzten Legislaturperiode einmal eine Interpellation bezüglich der Schalteröffnungszeiten der Stadtverwaltung ein. Das Parkhausabonnement kann er zwar nach 17.00 Uhr oder am Samstagmorgen auf dem Stadtbüro lösen, aber ab welchem Zeitpunkt kann er auch eine Wohnsitzbescheinigung nach 17.00 Uhr abholen kommen, damit er nicht jedes Mal früher von der Arbeit nach Hause kommen muss.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, weiss, dass diese Angelegenheit noch pendent ist. Der Stadtrat nahm diese aber entsprechend ernst. Der Stadtammann ging immer davon aus, dass die Schalteröffnungszeiten der Verwaltung mit den erweiterten Öffnungszeiten der Altstadtgeschäfte, im Sinne einer Marketing-Massnahme, zusammenhängen müssten. Er ist der festen Überzeugung, dass der Verkauf in der Altstadt gestützt werden kann, indem die Öffnungszeiten der Altstadtläden und der Verwaltung zu einem Paket zusammengefügt werden, welches unter Umständen auch einen Abendverkauf an einem gewissen Tag etabliert.



Der Stadtammann hat dies anlässlich der jährlichen Aussprache mit dem Gewerbeverein angetönt. Die Vertreter des Gewerbevereins zuckten daraufhin mit den Achseln und meinten, sie könnten ihre Mitglieder nicht dazu zwingen.

Die längeren Schalteröffnungszeiten der Verwaltung liegen momentan wieder auf Eis, weil eine Erweiterung der Öffnungszeiten gemeinsam mit den Altstadtläden erfolgen sollte, da sich alle Verwaltungsstellen ebenfalls in der Altstadt befinden. Ein konkreter Zeitpunkt für die Umsetzung möchte der Stadtammann hier und jetzt nicht nennen, er geht jedoch davon aus, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre wenigstens ein Pilotprojekt gestartet werden kann.

Bei Hrn. **Elmar Bertschinger** geht es um folgende grössere Strassenprojekte, welche aufggeleitet sind: Sanierung Mühlethalstrasse, Kreisel Stadteingang und Bahnübergang Strengelbacherstrasse. Wie werden diese koordiniert, damit doch ein gewisser Verkehrsfluss, sei dies im Bereich des öffentlichen Verkehrs oder auch des privaten Verkehrs, gewährleistet ist?

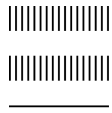
Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass die SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse K233 eines der grössten Strassenprojekte ist, welches in nächster Zeit realisiert wird. Im Herbst 2010 erfolgen die öffentlichen Auflagen und davor werden die angrenzenden Grundeigentümer informiert. Während der jeweiligen Bauphasen wird ein temporäres Verkehrsregime für die Umleitungen erforderlich sein. Der Baubeginn ist nicht vor dem Jahr 2012 vorgesehen.

Die Wahl der Linienführung der SBB-Unterführung führt zu einer stärkeren Belastung der Güterstrasse bzw. der Einmündung der Güterstrasse in die Untere Grabenstrasse K104. Verkehrsmodellberechnungen haben aufgezeigt, dass die heutigen Knotenvarianten eine völlig ungenügende Leistungsfähigkeit aufweisen. Die Folge wäre, wenn bei diesen Knoten nichts unternommen würde, dass die fertig gebaute SBB-Unterführung vom Verkehr gemieden würde. Der Verkehr würde sich auf die Altachenstrasse und die Luzernerstrasse K104 sowie auf die Strengelbacherstrasse K233 und die Mühlemattstrasse verlagern. Deshalb steht eine Kreisellösung im Vordergrund. Ein Kreisel mit einem Durchmesser von 25 Meter ergibt die grösste Leistungsfähigkeit. Die Grabengärten werden von diesem Kreisel nicht tangiert. Die Einfahrt in das Busterminal wie auch die Benützung der Zebrastreifen sind problemlos möglich.

Beim Oberen Stadteingang wurden dieselben Auswirkungen mit den veränderten Verkehrsströmen untersucht. Auch dort kristallisiert sich ebenfalls eine Kreisellösung heraus. Es ist vorgesehen, dass die beiden Kreisel Oberer Stadteingang und Knoten Güterstrasse/Untere Grabenstrasse im Jahr 2011 gebaut und fertig gestellt werden. Das Ziel muss sein, dass die beiden Kreisel erstellt sind, bevor die SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse gebaut wird. So besteht auch die Möglichkeit, dem Verkehr möglichst optimale Ausweichmöglichkeiten anzubieten.

Das Projekt Hauptstrasse K315 Mühlethal soll nach den Sommerferien öffentlich aufgelegt werden. Der Baubeginn ist, auch laut Information des Kantons, im Jahr 2011 vorgesehen. Die Fertigstellung des Projekts ist für das Jahr 2013 geplant.

Hr. **Robert Weishaupt** steht für Mirella Bär, welche letztes Jahr aus dem Einwohnerrat zurückgetreten ist, am Rednerpult. An ihrer letzten Einwohnerratssitzung stellte sie die Frage, ob bei der „kleinen Bühne“ die Installation eines Treppenlifts ein Thema sei. Wenn man das entsprechende Protokoll liest, steht dort, dass die Frage an einer der nächsten Sitzungen beantwortet wird. Er wollte nachfragen wann genau.



Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, beantwortet die Frage von Robert Weishaupt bzw. Mirella Bär jetzt: Es konnte abgeklärt werden, dass behindertengerechtes Bauen bei einem Neubau oder einer Renovation zwingend ist. Dies ist bei der „kleinen bühne“ im Moment nicht vorgesehen. Deshalb ist es im vorliegenden Fall fakultativ, wann und ob man einen solchen Treppenlift einbauen will. Erst mit dieser Anfrage kam der Treppenlift tatsächlich auch auf die Pendenzenliste. Es muss mit Kosten von ca. CHF 15'000.- bis CHF 20'000.- gerechnet werden. Die Priorität wird man zusammen mit den Nutzerinnen und Nutzern, der Schule und der „kleinen bühne“ eruieren. Man kann aber schon heute über einen Lift, welcher sich auf der Nordseite des Gemeindeschulhauses befindet, stufenlos in die „kleine bühne“ gelangen. Dazu muss man jedoch den Schlüssel beim Abwart holen oder sonst eine Person bemühen, welche im Besitze eines passenden Schlüssels ist. Die Abklärungen sind aber am Laufen.

Die **Vorsitzende** freute sich über die sportliche Debatte heute Abend. Es gab Steilpässe, Goals, Sieger und Verlierer. Einigen standen sogar die Haare zu Berge. Die Fussballweltmeisterschaft ist aber noch nicht fertig: Am nächsten Montag, 21. Juni 2010 spielt die Schweiz. Der Match wird um ca. 17.45 Uhr fertig sein. Damit nicht haufenweise Bussen verteilt werden müssen, weil einige dann zu schnell zum Stadtsaal fahren müssen, hat das Ratsbüro beschlossen, dass die Sitzung erst um **18.15 Uhr** beginnt.

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für getreues Protokoll:

Patricia Kettner  
Ratspräsidentin

Arthur Senn  
Protokollführer